

Themenfeld Soziales Europa: Jugendarbeitslosigkeit in der EU

Youth Mobility Program

Verfasst von: Leon Fabrizio Fritze, Tommes Diallo, Jonas Krolik, Teresa Isabel Andion-Wessel,
Nathalie Nematy, Tillman Claus, Julius Kromm, Elvis Nowatzki, Martin Schranz

1. Abstract

Aufbauend auf der Europäischen Säule sozialer Rechte haben wir uns Gedanken über die sozialen Probleme auf europäischer Ebene gemacht. Der Schwerpunkt, mit dem wir uns konkret beschäftigen, ist die derzeitige Jugendarbeitslosigkeit in Europa. In besonders ausgeprägtem Maße tritt sie in Süd- und Osteuropa auf. So stellt sich seit geraumer Zeit die Frage nach europäischen Lösungen. Hierzu haben wir mit dem **Youth Mobility Program** einen Lösungsansatz entwickelt.

Die meisten Länder der EU verfügen über ihre eigenen Ausbildungssysteme. Oft wird bei diesen eine mangelnde Praxisorientierung kritisiert. Diese wird insofern als Problem angesehen, da häufig Berufserfahrungen vorausgesetzt werden.

Ein allgemeines europäisches duales Ausbildungssystem halten wir für unrealistisch. Vielmehr sind wir überzeugt, dass es vorhandene Erfahrungen mit bestehenden Systemen und Ideen zu verbessern gilt. Ein besonderes Augenmerk widmen wir dabei dem demografischen Wandel, der Einkommensungleichheit sowie dem Braindrain.

Für die Bekämpfung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit sehen wir ein System als geeignet an, das mithilfe einer neuen europäischen Institution eine fortschreitende Angleichung der europäischen Ausbildungssysteme hin zu mehr Mobilität und Praxisbezug einleiten soll. Als Orientierung gilt für uns das bereits bestehende MobiPro-Programm, das in Deutschland Anwendung fand. Integration und Kompetenzaustausch sollen dabei eine besondere Rolle spielen. Es gilt ein ähnliches System europaweit zu etablieren, zu verbessern und zu erweitern, um so dem Status Quo entgegenzuwirken. Hierbei spielen das Zusammenwirken, Evaluieren und Entwickeln der Ausbildungsanteile eine existenzielle Rolle für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit.

2. Problemaufriss

2.1 Aktuelle Probleme im Themenfeld und Ursachen

Innerhalb der Europäischen Union variiert die Jugendarbeitslosenquote enorm. Allgemein steht jedoch fest, dass sich die wirtschaftliche Situation eines Landes extrem auf die Arbeitslosenquote der Jugendlichen auswirkt. Insbesondere die EU-Länder, die von der Weltwirtschaftskrise und der Eurokrise stark betroffen waren und sich immer noch in der Erholungsphase befinden, weisen eine hohe Quote an jugendlichen Arbeitslosen auf. Das zeigt, dass die schwache Wirtschaftslage und die hohe allgemeine Arbeitslosigkeit in diesen EU-Ländern die Hauptursachen für die hohe Jugendarbeitslosigkeit sind.

Außerdem stehen Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt generell schlechter da als ältere Arbeitnehmende. Zum einen führt die EU-weite Lockerung von arbeitsrechtlichen Vorschriften für Berufseinsteiger:innen dazu, dass Neueinsteigende, hauptsächlich Jugendliche, leichter entlassen werden können. Somit werden insbesondere Anfänger:innen durch diese arbeitsrechtliche Rahmenbedingung, die in rezessiven Phasen der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes dient, immens benachteiligt.

Zum anderen können jugendliche Berufsanfänger:innen in der Regel wenig oder gar keine Berufserfahrung nachweisen. Hier findet sich eine weitere generelle Ursache der Jugendarbeitslosigkeit: Europaweit orientieren sich die Ausbildungssysteme zu wenig an der Praxis und an der realen Arbeitswelt. Das führt dazu, dass Unternehmen lieber ältere Menschen mit Berufserfahrung einstellen, zumal ihre Einarbeitung weniger Zeit und Geld kostet.

Desweiteren verursacht auch die Diskrepanz zwischen den vorhandenen Arbeitskräften und den offenen Stellen die hohe Jugendarbeitslosigkeit, z.B. berichten Arbeitgeber, dass viele Berufseinsteiger:innen zwar gut qualifiziert sind, aber nicht die gefragten Qualifikationen mitbringen.

2.2 Künftige Herausforderungen im Themenfeld

Der Arbeitsmarkt, speziell für die heranwachsende Generation, steht aktuell vor einem Wandlungsprozess. Betrachtet man den Arbeitsmarkt in der EU mit Fokus auf die Zahl der Erwerbstätigen, so werden seine zentralen Probleme ersichtlich.

Zum einen sinkt künftig das Arbeitskräfteangebot in Relation zu dem der „Baby-Boomer“- Generation, da die Geburtskohorten der nachfolgenden Generationen kleiner sind und zum anderen ist die Rentenversorgung der „Baby-Boomer“ bedroht, da die gezahlten Sozialbeiträge stagnieren.

Hinzu zum mangelnden Arbeitsangebot in der Zukunft kommt der Digitalisierungs- bzw. Automatisierungstrend, welcher zunehmend die Bedeutung von repetitiven Tätigkeiten schwächt. Dieser Trend gefährdet vor allem das niedrige bis mittlere Lohnniveau, da hier häufiger geistig weniger anspruchsvolle Tätigkeiten verübt werden. Somit wird auch die Einkommensungleichheit zu einer weiteren Gefahr.

Ein weiteres Problem stellt die Globalisierung dar, welche die Abwanderung von einfachen Tätigkeiten, häufig Handarbeit, ins Ausland beförderte. Hierdurch sank die Arbeitsnachfrage in der EU, speziell für niedrig qualifizierte Arbeitskräfte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Arbeitsangebot künftig geringer als heute ausfallen wird und dieser Mangel zusätzlich von bereits bestehenden Trends verstärkt wird. Hiervon sind häufig Jugendliche betroffen, da sie noch keine Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss haben und so zu den gefährdeten Gruppen gehören.

3. Lösungsvorschlag

3.1 Präsentation Idee für politische Veränderungen

Unsere Idee zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in der EU ist das „Youth Mobility Program“ zur Unterstützung von grenzüberschreitenden Berufsausbildungen. Dabei sollen Betriebe mit freien Ausbildungsplätzen und ausbildungsinteressierte Jugendliche aus dem EU-Ausland zusammengebracht werden. Durch die Unterstützung aus dem Programm wird die Mobilitätsbereitschaft der Jugendlichen erhöht, damit sie sich in anderen Ländern ausbilden lassen können und unabhängig von den mangelnden Perspektiven eines wirtschaftlich schwachen Herkunftslandes sind. Für eine erfolgreiche Ausbildung im Ausland muss das Programm dafür mehr als nur den Ausbildungsplatz vermitteln. Die Kandidaten werden mit Sprachtraining und einem Praktikum vorbereitet und bekommen vor Ort finanzielle Unterstützung sowie Möglichkeiten sich sozial zu integrieren, da das Wohlbefinden in einem neuen Umfeld entscheidend ist. Die EU-weite Möglichkeit seine Ausbildung zu absolvieren entlastet nicht nur den Arbeitsmarkt der Herkunftsländer und beschafft den Ausbildungsbetrieben im Zielland neue Fachkräfte. Auch die Jugendlichen werden durch die teils im Ausland erfolgende Ausbildung besser und praxisorientierter qualifiziert und haben dann mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Das Programm bekämpft kurzfristig die Jugendarbeitslosigkeit, die aufgrund der unterschiedlichen Wirtschaftslagen der EU-Länder entsteht, indem die Jugendlichen sich dort ausbilden lassen können, wo sie gebraucht werden. Langfristig ist das Ziel, dass durch den Wettbewerb mit ausländischen Betrieben um die Auszubildenden EU-weit ein praxisorientiertes Ausbildungssystem entsteht, welches die Jugendlichen passender auf die Arbeitswelt vorbereitet und damit attraktiver ist. Diese Entwicklung der ‚best practices‘ kann durch den Austausch der Ausbildungsbetriebe untereinander über das Programm noch beschleunigt werden.

3.2 Zur Umsetzung benötigte Instrumente/Mechanismen

3.2.1 Vorhandene Instrumente/Mechanismen

Mit Next Generation EU verabschiedete die Europäische Union ihren befristeten Aufbauplan, um die unmittelbar coronabedingten Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern, einschließlich der Jugendarbeitslosigkeit, die stark reduziert werden soll. Hierbei setzt die EU auf die Stärkung von Mechanismen die in der Vergangenheit gut funktioniert haben, wie die Jugendgarantie oder die Europäische Ausbildungsallianz. Dadurch dass, Auszubildende mehr

praktische Erfahrungen im Betrieb sammeln, soll zusätzlich der Übergang von der Schule in den Beruf reibungsloser gelingen. Denn ein mit der Wirtschaft verzahntes System, welches direkt Signale aus dem Markt bekommt, ist vor allem in Zeiten der Krise und des Umbruchs effektiver, als rein staatliche Ausbildungssysteme, wie sie noch in den meisten EU-Ländern vorzufinden sind.

Ein anderen Ansatz zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit startete das deutsche Bundesministerium für Arbeit und Soziales mit MobiPro-EU im Jahr 2013. Durch die Ermöglichung der Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen sollte die Jugendarbeitslosigkeit in Europa reduziert und ein Beitrag zur Fachkräftesicherung in Deutschland geleistet werden.

Das Pilotprojekt mit dem Ziel jungen Europäern eine Ausbildung in Deutschland zu ermöglichen, wurde jedoch nicht verlängert und lief im Jahr 2020 aus. Die Gründe dafür lagen vor allem an der hohen Abbruchrate. Nur die wenigsten sind so sprachbegabt und haben wirklich ein Interesse am Zielland und seiner Sprache, als dass sie die Sprachbarriere mit dem sechsmonatigen Vorbereitungskurs hätten überwinden können. Dazu wurden die Teilnehmer teilweise vor Ort nicht gut integriert, weshalb sie sich einsam fühlten. Dennoch wurden mit MobiPro-EU wichtige Erkenntnisse zur Umsetzung der grenzüberschreitenden Mobilität gewonnen.

3.2.2 Neu einzuführende Instrumente/Mechanismen

Um die Mobilität der Jugendlichen auf dem EU-Arbeitsmarkt zu verbessern, wollen wir eine Institution einführen, die sowohl die Jugendlichen als auch die Arbeitgeber zusammenbringt, den Austausch fördert und somit jedem Betrieb den passenden Auszubildenden, wie auch den Jugendlichen ein optimales Ausbildungssystem, bietet.

Wir sehen eine größere Erfolgchance für Programme wie diese, wenn sie in mehreren EU-Ländern angeboten werden. Ähnlichere Kulturen und kürzere Entfernungen zum Heimatland könnten eine höhere Anzahl an Jugendlichen dazu bringen, eine Ausbildung im Ausland zu absolvieren. Um besser an die Jugendlichen heranzukommen, könnte unsere Institution einen Ausbau wie auch Reformen von lokalen Behörden und Schulen fördern. Werden die EU-Programme näher an die Medien gebracht, so könnte eine höhere Anzahl von Teilnehmer*innen verzeichnet werden.

Ein Vorteil dieser Institution wäre ein intensiverer Austausch zwischen den Unternehmen der EU-Mitgliedsländer. Unterschiedlichste Ausbildungssysteme könnten hier miteinander verglichen werden, um langfristig die erfolgreichereren (mit individuellen Abwandlungen) Ausbildungssysteme EU-weit anzuwenden.

Um die bessere Integration der Teilnehmer*innen in Auslandsprogrammen zu fördern, ist die Sprache auf höherem Niveau von großer Bedeutung. Diese wird durch das Umfeld beeinflusst.

Daher würde unser Programm die Teilnehmer*innen bei Familien (ähnlich wie bei einem Auslandsjahr) unterbringen. Dies würde nicht nur die Sprachkenntnisse verbessern, sondern auch gegen Einsamkeit wirken und den Teilnehmer*innen die Kultur des Landes näherbringen. Denn ohne eine vernünftige Integration ist der Wunsch nach dringend gebrauchten Arbeitskräften schwer zu erreichen.

Eine Schulung für interkulturelle Kompetenzen für Arbeitgeber und Teilnehmende wäre vorteilhaft für das Überwinden von gesellschaftlichen Barrieren zwischen beiden Parteien.

4. Chancen & Risiken

4.1 Skizze zur Umsetzung/Vorgehensweise

Die an der Umsetzung beteiligten Akteure sind sämtliche Stationen, mit denen ein Auszubildender in seinem Leben Berührungspunkte hat. Begonnen bei den jeweiligen (insb. weiterführenden) Schulen. Über die öffentlichen Arbeitgeber, Arbeitsverwaltungen und privatwirtschaftlichen Akteure, hin zu den jeweiligen Außenhandels- und regionalen Handelskammern und Partnern anderer europaweiter Förderungsprogramme. So sollen die Adressaten erreicht und über die breiten Ausbildungsmöglichkeiten des Programms informiert und letztlich vermittelt werden können. Um eine bessere Integration in den jeweiligen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu gewährleisten und den Auszubildenden erste praktische Erfahrungen an die Hand zu geben, sollen neben den vorausgehenden Sprachtrainings erste Praktika in den Zielbranchen, im Optimalfall in den späteren Ausbildungsbetrieben selbst, erfolgen. Mit der direkten Projektbetreuung und -koordination befasst, sollte - ähnlich wie im EURES-Programm - eine eigene Institution auf EU-Ebene geschaffen werden, die mit der Vermittlung vertraut und Anlaufstelle für Arbeitgeber und Auszubildende bei aufkommenden Problemen ist. Gegebenenfalls könnte man den Kompetenzbereich des European Coordination Office auch dahingehend erweitern und das duale Ausbildungsprogramm inhaltlich dort ansiedeln. Eine mehrjährige Pilotphase mit begleitender und abschließender Evaluation soll Erfolge und Verbesserungsmöglichkeiten des Programms aufzeigen und letztendlich Zahlen bereitstellen, um konkrete Bewertungsgrundlagen zu schaffen. Daran lassen sich gegebenenfalls Migrationsmuster ablesen, die Rückschlüsse auf verteilungspolitische innereuropäische Dynamiken zulassen.

4.2 Hindernisse und ungeklärte Fragen

Bei der Verteilungsfrage gilt es zu beachten, dass das hier abgebildete Programm nach dem Vorbild von MobiPro auch Verlierer produziert. Das wären vor allem die Länder, aus denen die Menschen in andere ziehen, in denen die Arbeitskraftnachfrage deutlich höher ist; sie erleiden einen Verlust von Einwohnern und Arbeitskraftpotential. Deswegen muss dazu noch ein Umverteilungsmechanismus mit ausgehandelt werden. Es müssten dann auch, neben Finanzausgleichen, Anreize geschaffen werden, dass es für ausgebildete Menschen attraktiv ist, sich in wirtschaftlich schwächeren Gebieten niederzulassen. Wenn dies nicht geschieht, werden insbesondere die Staaten Südeuropas nicht

zustimmen, da für sie langfristig keine Vorteile entstehen würden.

Gleichzeitig dürfen auch die arbeitslosen Jugendlichen in den wirtschaftlich starken Ländern nicht aus dem Blick verloren werden, darf die Förderung nicht so hoch sein, dass sich das Einstellen eines Azubis aus dem Ausland grundsätzlich mehr lohnt.

In längerer Frist gesehen soll daraus ein größerer Europäischer Austausch in den nationalen Bildungssystemen entstehen und diese sich mit der Zeit einander annähern. Dabei sei hier erwähnt, dass keine einseitigen Orientierungen erfolgen sollen. Das deutsche Bildungssystem etwa sollte praxisnäher ausgerichtet werden und gleichzeitig regionale Besonderheiten erhalten.

Zuletzt ist es wichtig zu betonen, dass unser Vorschlag langfristig keine Lösung für die strukturellen Unterschiede zwischen den Staaten und den Regionen, zwischen Städten und dem Land bietet. Dieses Programm stellt keine arbeitsschaffenden Maßnahmen in den strukturschwachen Gebieten bereit. Diese müssen auf dem Wege der Struktur- und Wirtschaftspolitik angegangen werden.

5. Fazit

Abschließend lässt sich unser Plan des Youth Mobility Program für die Zukunft Europas im Hinblick auf die Jugendarbeitslosigkeit in Europa wie folgt zusammenfassen:

Viele Europäische Staaten haben seit Jahren mit einer hohen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen. Die wirtschaftliche Lage und Krisen der vergangenen Jahre sind oft Auslöser für eine zu geringe Arbeitsnachfrage auf den nationalen Arbeitsmärkten. Auch in Zukunft drohen weitere Veränderungen, welche das Problem der Jugendarbeitslosigkeit noch verschlimmern könnten. Soziale Veränderungen wie der Demographische Wandel können zu einer weiteren Verschärfung des Fachkräftemangels führen. Auch die Digitalisierung wird als Problem gesehen, da auf Dauer repetitive Tätigkeiten und nicht- beziehungsweise schlecht ausgebildete Arbeitskräfte weniger nachgefragt werden. Unser Plan sieht es vor durch die Schaffung eines Programmes zur Förderung von europaweiten Ausbildungen die Mobilität der Jugendlichen in Europa zu erhöhen und durch die verbesserte Arbeitnehmerfreizügigkeit die Unterschiede in den Ländern auszugleichen.

Langfristig würden wir uns wünschen, dass sich durch den Austausch und den durch das Programm entstehenden Wettbewerb ein praxisorientiertes Ausbildungssystem für die ganze EU etabliert. Um hiermit einen klaren Erfolg erzielen zu können, müssen die Jugendlichen mit begleitenden umfangreichen Sprachkursen und Praktika unterstützt werden, um mögliche Barrieren zu überbrücken und die Erfolgsrate zu erhöhen.

Schlussfolgernd aus den vorangegangenen Kapiteln lässt sich sagen, dass der Erfolg eines solchen Programms stark von der institutionellen Organisation und dem gemeinsamen Austausch der teilnehmenden Länder abhängt. Wir hoffen, dass wir mit unserem Vorschlag einen nachhaltigen Einfluss auf die europäischen Arbeitsmärkte bewirken können.